

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)

Waldshut-Tiengen,
01. Oktober 2012

Beginn der Sitzung: 18:07 Uhr
Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Ort: Waldshut, Katholisches Gemeindehaus
Öffentliche Sitzung

Oberbürgermeister Albers fragt die zahlreich erschienen Zuhörer, ob Interesse bestehe, zu den Themen „Tempo 30“ Fragen zu stellen. Dies wird nicht erwidert.

Da er vor Beginn der Sitzung gebeten worden war, den auf Punkt 10 gesetzten Tagesordnungspunkt „Kinderkrippe Regenbogen“ nach vorne zu verlegen, schlägt der Oberbürgermeister vor, diesen auf Punkt 5 vorzuverlegen. Es werden keine Einwendungen erhoben.

95.

Parkour-Übungsplatz auf den Schüchtwiesen: Projektvorstellung durch Turnverein Tiengen, Planungsamt, Kinder- und Jugendreferat

Stefan Maßmann vom Kinder- und Jugendreferat, Jugendzentrum, stellt das Projekt vor und veranschaulicht es anhand eines Videos, das die Jugendlichen selbst produziert haben.

Armin Müller vom Stadtplanungsamt erläutert, dass es sich bei den auf die Stadt zukommenden Kosten um Materialkosten handele für die Geräte und die herzustellende Fläche mit Fallschutz mit einer Größe von 100 bis 150 m². Es sollen hierbei Siebdruckplatten verwendet werden, wie er auf Nachfrage ergänzt. Die Aufbauarbeiten werde der Turnverein Tiengen in Eigenleistung erbringen. Das Projekt solle im Frühjahr nächsten Jahres in Angriff genommen werden.

Stadtrat Alfred Scheuble, Freie Wähler-Fraktion, erkundigt sich nach dem Haftungsrisiko für die Stadt.

Oberbürgermeister Albers erklärt, dass der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband angefragt wurde. Armin Müller ergänzt auf Nachfrage, dass der Parkour-Übungsplatz den Spielplatznormen angepasst werde und von der Sicherheitsbeauftragten, Frau Nesper-Klump abgenommen werde.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Einrichtung einer Parkour-Anlage im Anschluss an die 4-Cross-Strecke im vorgestellten Rahmen zu. Die Stadt übernimmt die Materialkosten für die Kleinanlage (Geräte und Fallschutz etc.) in Höhe von ca. 7.200,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Nein-Stimme
mehrheitlich beschlossen

Haushalt 2011:

Feststellung der Jahresrechnung und Rechnungsprüfungsbericht

Oberbürgermeister Albers verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen zugesandte Jahresrechnung 2011 sowie den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes und erteilt Kämmerer Klaus Lang das Wort, der daraufhin wesentliche Zahlen nennt und erläutert.

Nach weiterer Erörterung

1. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2011 gemäß den beigefügten Seiten 4 und 5 der Jahresrechnung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

2. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2011 gemäß den beigefügten Seiten 6, 7 und 8 der Jahresrechnung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Unterbringung von Asylbewerbern:

a) Vertrag zwischen der Stadt Waldshut-Tiengen und dem Landkreis Waldshut

b) Einfacher Bebauungsplan „Detzelter Straße“, Tiengen: Aufstellungsbeschluss

c) Bauvoranfrage Hermes Immobilienbeteiligungsgesellschaft zur Umnutzung der ehemaligen Gaststätte „Jägerhof“ in eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber

Oberbürgermeister Albers stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Bürgermeister Beck berichtet über die Besichtigung der Reihenhauanlage in Einfachbauweise in Offenburg, mit der der Landkreis Ortenau gute Erfahrungen bei der Unterbringung von Asylbewerbern gemacht habe. Er halte dies für eine gute Lösung und orientiere sich an diesem Modell zur Errichtung ebensolcher 3-geschossiger Reihenhäuser in der Badstraße. Ein Vorteil sei, dass man besser einteilen könne: Männer und Frauen separat sowie auch einzelne Familien. Ebenfalls halte er den Standort für gut, aufgrund der nahe gelegenen Einkaufsmöglichkeiten, Innenstadt und Schulen. Nutzungskonflikte seien nicht zu befürchten, da es sich um einen Standort mit überwiegend gewerblicher Nutzung handele.

Er berichtet, dass der Bau- und Umweltausschuss einstimmig beschlossen habe, dem Gemeinderat zu empfehlen, den Anträgen in der Sitzungsvorlage zu folgen.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich bezüglich der beabsichtigten Vertragsdauer und auch bezüglich des Verbleibs der übrigen 60 Asylbewerber. 120 seien bisher in der Bahnhofstraße in Albruck untergebracht, die geplante Reihenhauanlage werde für 60 Personen ausgelegt sein.

Bürgermeister Beck antwortet hierauf, dass über die Vertragsdauer noch nicht entschieden sei. Offenburg habe sich für eine Laufzeit von 25 Jahren entschieden, Ähnliches strebe man auch an. Für die übrigen 60 Personen sei der Landkreis noch auf der Suche nach einer Unterbringungsmöglichkeit. Eventuell könne man in den

Reihenhäusern auch 65 oder 70 Personen unterbringen. Für 5 bis 6 Reihenhäuser wird Platz sein.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, gibt zu Bedenken, dass die Badstraße jetzt schon sehr lang sei. Ebenfalls sehe sie, dass sich der Charakter der Straße, die zu Beginn einmal Wohnstraße war, immer mehr verändere. Frau Döbele regt an, den westlichen Teil der Straße, ab Haus Nr. 42 mit einem anderen Namen zu versehen.

Auf Anfrage vom Oberbürgermeister bezüglich eventueller Wortmeldungen aus dem Zuhörerbereich, meldet sich ein Anwohner aus der Badstraße zu Wort. Er kritisiert, dass die Badstraße, die als Bypass für die Bundesstraße genutzt werde, wo sich außer den städtischen Wohnblocks, die von Ausländern bewohnt seien, ein Muslimischer Gebetsraum und ein Portugiesen-Club befinde, nun auch noch als Standort für die Wohnanlage für Asylbewerber gewählt werde. Er sei der Ansicht, dass sich die in der Badstraße aufhaltenden Ausländer in keiner Weise integrationsfähig zeigten. Im Übrigen sei das Parkplatzproblem nicht gelöst.

Oberbürgermeister Albers antwortet, dass es in Lauchringen etwa 1000 Muslime gebe. Konflikte seien bekannt. Allerdings gebe es ein Recht auf Niederlassungsfreiheit. In den Wohnblocks in der Badstraße leben auch normale Mieter, die Probleme hätten, auf dem freien Wohnungsmarkt unterzukommen. Jeder Stadtteil habe „sein Päckchen“ zu tagen. Diesbezüglich gingen im Übrigen auch die Meinungen auseinander.

Stadträtin Sylvia Döbele bemängelt, dass die Wohngrundstücke durch Gewerbe und weitere hinzukommende Nutzungen immer mehr abgewertet würden.

Oberbürgermeister Albers entgegnet, dass die Nutzungen in diesem Gebiet so entstanden seien, wie von Anfang an beabsichtigt. Einzelne Gewerbebetriebe würden bereits 50-jähriges Jubiläum an diesem Standort feiern.

Stadtrat Dieter Zauft, CDU-Fraktion, regt an, mit dem Landratsamt abzuklären, ob eine direkte Umsiedlung der Asylbewerber von Albruck in die Badstraße möglich sein werde.

Bürgermeister Beck entgegnet, dass es auf jeden Fall ein Jahr dauern werde, bis die Reihenhäuser bezugsfertig sein werden.

Oberbürgermeister Albers sagt eine Abklärung zu, nötigenfalls werde man auf die Übergangslösung Schmitzinger Straße 69 zurückgreifen müssen.

Oberbürgermeister Albers erläutert, dass die Ausgaben für den Bau der Reihenhäuser in Höhe von ca. 1,2 Mio. € durch die Mieteinnahmen wieder eingenommen würden.

a) Beschluss:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, einen Vertrag mit dem Landratsamt vorzubereiten mit dem Ziel, auf dem Grundstück Flst.Nr. 1649 in der Badstraße in Tiengen ein Einfachwohnhaus zu errichten und dieses an den Landkreis zur Unterbringung von Asylbewerbern zu vermieten.
2. Da der Neubau frühestens in einem Jahr zur Verfügung stehen wird, stimmt der Gemeinderat zu, dass für die Übergangszeit ab dem 01.01.2013 das zur Zeit wegen Renovierung leer stehende Gebäude Schmitzinger Straße 69 in Waldshut mit ca. 60 Asylbewerbern belegt wird und beauftragt die Verwaltung, einen entsprechenden Mietvertrag vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Bürgermeister Beck berichtet, dass der Bau- und Umweltausschuss in seiner Vorberatung zu b) und c) dem Gemeinderat seine Zustimmung empfiehlt und sich darauf verständigt habe, den Beschluss-Text der Sitzungsvorlage von „Asylbewerber“ in „Asylbewerber und Flüchtlinge“ zu ändern.

b) Beschluss:

Der Gemeinderat fasst den Aufstellungsbeschluss eines einfachen Bebauungsplanes „Detzelter Straße“, Stadtteil Tiengen mit der Regelung, dass im festgesetzten Allgemeinen Wohngebiet nach § 4 BauNVO „Gemeinschaftsunterkünfte und Unterbringungsheime für Asylbewerber und Flüchtlinge“ nicht zulässig sind.

Sonstige Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO sind nur ausnahmsweise zulässig.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

c) Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Bauvoranfrage – Umnutzung der ehemaligen Gaststätte „Jägerhof“ in eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber – gemäß § 15 Abs. 1 BauGB zurückzustellen. Die Zurückstellung gilt für einen Zeitraum von maximal einem Jahr.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

98.

**Bebauungsplan „Dorfhalde“, Waldshut:
Satzungsbeschluss**

Oberbürgermeister Albers berichtet, dass er ein Fax erhalten habe, mit der Bitte, diesen Tagesordnungspunkt zu verschieben. Er habe sich daraufhin mit dem Bürgermeister besprochen. Beide sehen keine Veranlassung den Tagesordnungspunkt abzusetzen.

Nach weiterer Erläuterung

Beschluss:

1. Beschluss über Stellungnahmen:

Die Stellungnahme von zwei Anwohnern mit dem Wunsch auf Verschieben des Baufensters nach Westen wird nicht berücksichtigt.

2. Satzungsbeschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Dorfhalde“, Stadtteil Waldshut im Teilbereich der Grundstücke Flst.Nrn. 577, 581/2, 581/1 (Teil) und 580/2 als Satzung.

Der zeichnerische Teil der Bebauungsplan-Änderung, die Satzung, die Begründung und die Bauvorschriften sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

99.

Neue Unterkunft für Kinderkrippe Regenbogen: Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel

Nach Erläuterung der Sitzungsvorlage durch Oberbürgermeister Albers

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Standortwechsel der Kinderkrippe Regenbogen mit einer Erweiterung um 5 Krippenplätze zu. Er genehmigt die damit zusammenhängenden Umbau- und Betriebskosten. Die für den Umbau und die Ausstattung erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 50.000 Euro werden außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

100.

Festsetzung des Wasserschutzgebietes für den Tiefbrunnen Äule in Waldshut-Tiengen:

Stellungnahme im Rahmen der Auslegung

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Harald Würtenberger, Freie-Wähler-Fraktion, erkundigt sich, ob es durch das Wasserschutzgebiet für die Stadtgärtnerei zu Einschränkungen bei der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln komme.

Oberbürgermeister Albers antwortet, dass man dieser Frage nicht nachgegangen sei, da es keine Alternative gebe.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Schutzzonenausweisung für den Tiefbrunnen Äule entsprechend beigefügtem Planauszug zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

101.

Kanalisation Waldkirch:

a) Auftragsvergabe Zuleiter - Information

b) Kostendarstellung des Gesamtprojektes

Oberbürgermeister Albers verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen zugestellte Vorlage.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, fragt, ob man auf einem Plan die Lage der Leitung aufzeigen könne.

Der Leiter des Tiefbauamts Hubert Binninger erläutert, dass die Lage problemlos sei. Rutschgefahr bestehe auf der gegenüberliegenden Seite. Wie er mitteilt, sollen die Arbeiten im November beginnen.

Oberbürgermeister Albers fasst abschließend zusammen, dass der Gemeinderat die Information wie dargestellt entgegennimmt.

102.

Geschwindigkeitsmessungen in Waldshut-Tiengen: Beschaffung eines Laser-Geschwindigkeits-Messgerätes

Oberbürgermeister Albers erläutert den Tagesordnungspunkt.

Auf Nachfragen aus dem Gemeinderat bezüglich der Auffälligkeit des Kontrollfahrzeuges erläutert Barbara Ebner, dass das mit dem Laser-Messgerät ausgerüstete Fahrzeug mehr abseits gestellt werden kann, womit es weniger auffällt und im Übrigen die Kontrollen mehr präventiven als repressiven Charakter haben. Es gehe um Unfallvermeidung, fiskalische Überlegungen sollen keine Rolle spielen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Er ist mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden und beschließt, für die Beschaffung eines Laser-Geschwindigkeits-Messgerätes (einschl. Schulungen) sowie eines Rechners 51.000,00 EUR überplanmäßig auf Haushaltsstelle 02.1100.935000 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

103.

Tempo 30 für oberen Teil der Hauptstraße und Peter-Thumb-Straße bis Bahnübergang: Antrag Hotel Bercher

Peter Kienzler erläutert die in der Vorlage dargelegten Gründe, aufgrund derer sich das Straßenverkehrsamt gegen die Einrichtung einer Tempo-30-Zone ausspricht.

Stadtrat Helmut Maier teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion gegen eine Tempo-30-Zone in der Peter-Thumb-Straße ausspreche, da ihrer Ansicht nach dies nicht viel bringe und man nicht alle Straßen in denen viel Verkehr sei, auf Tempo 30 herabstufen könne.

Gerhard Vollmer äußert sich, dass die SPD-Fraktion eine Tempo-30-Zone in der Peter-Thumb-Straße sowie auch in einigen anderen Straßen für ein sinnvolles Signal halte. In diesem Zusammenhang erwähnt er die, am Citymarkt vorbeiführende Abfahrt, welche zu stark genutzt werde. Der Einbau einer Schwelle könne hier geprüft werden. Eine Einbahnregelung sei hier auch schon einmal angeregt worden.

Stadtrat Harald Langfeld, FDP-Fraktion, meint, dass sich der Verkehr auf jeden Fall verlagern werde, ob eine Tempo-30-Zone eingerichtet werde oder bauliche Maßnahmen ergriffen werden. Ebenfalls spricht er die Vermutung aus, dass die Ablehnung der CDU-Fraktion etwas mit der Person des Antragstellers zu tun haben könnte.

Stadtrat Günter Heinrich, SPD-Fraktion, bemerkt, dass der Zeitverlust, den man habe, wenn man anstatt 50 nur 30 km/h fahren könne, ein geringerer sei, als den, den man habe, wenn man einen Umweg über die Feldbergstraße und Weilheimer Straße fahre.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung alles für die Einrichtung einer Tempo 30 km/h-Zone vorzubereiten, die folgende Straßen enthält: Peter-Thumb-Straße, Bahnhofstraße, die Breite Straße, Goethestraße, Schillerstraße und Am Bahndamm.

Abstimmungsergebnis:

Bei 14 Ja-Stimmen
und 12 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

104.

Tempo 30 in der Rathausstraße Gurtweil

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Stadtrat Gerhard Vollmer erkundigt sich bezüglich der Erfahrung, die man mit dem Verkehr gemacht habe, der den Schleichweg über den Landgraben und den Prälatenweg benutze.

Stadtrat und Gurtweiler Ortsvorsteher Alfred Scheuble, Freie-Wähler-Fraktion, erklärt hierzu, dass der Umfahungsverkehr schon zugenommen habe, dieser jedoch mehr mit der Ampel zusammenhänge, als mit der Tempo-30-Zone und akzeptiert werden müsse. Die Rückmeldungen seien überwiegend positiv.

Beschluss:

Der Gemeinderat schließt sich der Forderung des Ortschaftsrates Gurtweil nach einer endgültigen Einführung von Tempo 30 km/h in der Rathausstraße in Gurtweil an.

Abstimmungsergebnis:

Bei 2 Nein-Stimmen
mehrheitlich beschlossen

105.

Bezuschussung der Betriebskosten des Evangelischen Kindergartens Waldshut: Erhöhung des Abmangels

Nach Erläuterung der Sitzungsvorlage durch Oberbürgermeister Albers

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der stufenweisen Anhebung des Abmangels von 90 % um jeweils 1 % in den Jahren 2013 und 2014 zu. Die erforderlichen Mittel werden im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanung berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

106.

Parkhausgesellschaft Waldshut-Tiengen mbH: Jahresabschluss 2011

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat erhebt keine Einwendungen gegen die Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der Parkhausgesellschaft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

107.

Spenden

Oberbürgermeister Albers verliest die Spenden gemäß beigefügter Zusammenstellung, ergänzt um eine Spende von C&A an die Kinderkrippe Regenbogen in Höhe von 2000 €, und stellt hierfür Zustimmung fest.

108.

Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

109.

Verschiedenes

Haltverbot bei Bäckerei Küpfer, Friedrichstraße

Stadträtin Sylvia Döbele bringt die Anregung vor, das Straßenverkehrsamt prüfen zu lassen, ob in der Friedrichstraße vor der Bäckerei Küpfer ein Haltverbotschild aufgestellt werden könne. Sie halte diese Stelle aufgrund der am Morgen dort haltenden Fahrzeuge für gefährlich und unübersichtlich.

Stadtrat Gerd Jacobshagen, CDU-Fraktion, fügt hinzu, dass auch ein Haltverbot mit zeitlicher Beschränkung möglich sei.

Stadtrat Zauft äußert die Idee, eine Einbuchtung zu bauen.

Oberbürgermeister Albers antwortet, dass sich das Straßenverkehrsamt hiermit beschäftigt habe und die Beschilderung, wie vorhanden, mit Bedacht angebracht worden sei. Er werde jedoch das Anliegen an Peter Kienzler weiterleiten.

Straßeneinmündung Am Mühleberg in Gurtweiler Straße

Stadtrat Günter Heinrich bemängelt, dass in diesem Bereich viele Autofahrer auf der Gurtweiler Straße in Fahrtrichtung Gurtweil die Kurve schneiden, so dass die Ausfahrt aus der Straße Am Mühleberg problematisch werde. Er plädiere an dieser Stelle für eine durchgezogene Linie damit die Kurve ausgefahren werden müsse.

Oberbürgermeister Albers wird das Anliegen an das Straßenverkehrsamt weiterleiten.

Waffenkontrollen durch die Stadtverwaltung

Stadtrat Harald Würtenberger berichtet, dass die Witwe eines verstorbenen Jägers zwecks Kontrolle der Waffen Besuch von zwei Mitarbeitern des Ordnungsamts erhalten habe. Die Witwe selbst kenne sich mit Waffen nicht aus und habe nicht gewusst, ob die Waffen geladen seien. Weder Frau Sandra Karch noch Herr Wilhelm hätten sich getraut, die Waffen in die Hand zu nehmen, da sie sich mit Jagdwaffen nicht auskennen würden. Sie seien dann wieder unverrichteter Dinge gegangen.

Oberbürgermeister Albers sagt zu, sich die andere Seite anzuhören.

Fragestunde

Kreispflegeheim Tiengen

Ein Bürger meldet sich zu Wort. Ihn bewege die Schließung des Kreispflegeheimes und möchte sein Bedauern aussprechen, wie man hier verfahren habe. Das Recht, das man Asylanten und Flüchtlingen einräume, solle man auch den Bürgern einräumen. Im Interesse der älteren Mitbürger möchte er dies in Erinnerung rufen.

Oberbürgermeister Albers antwortet, dass alle, die hier im Saal sitzen, nicht wissen, was beim Landratsamt abgelaufen sei. Diesbezüglich gebe es unterschiedliche Darstellungen. Man müsse jetzt nach vorne schauen und sehen, was möglich sei. Aktuell seien noch Gespräche zwischen dem Sozialwerk Müllheim, dem Landkreis und dem Investor im Gange. Spruchreif sei noch nichts.